

## Rezensionen

**Mies, Herbert: Mit einem Ziel vor Augen. Vom Jungkommunisten zum Altkommunisten. Erinnerungen. Berlin, Verlag am park, 351 S., 19,90 €**

„Memoiren wird es nicht geben“, hatte Herbert Mies, von 1973 bis 1990 Vorsitzender der DKP, in einem Rechtfertigungsbändchen zur „Abhängigkeit und Unabhängigkeit“ seiner Partei 1995 verkündet. Nun hat er sie doch geschrieben. Erschienen sind die Erinnerungen des Kommunisten, versehen mit einem Vorwort von Egon Krenz, in der Edition Ost. Das voluminöse Werk fügt sich denn auch nahtlos in den Tenor der Parteigeschichtsschreibung. Gleichwohl sind die Erinnerungen des ehemaligen FDJ-Funktionärs in der Bundesrepublik (1945–1956), des Mitglieds von Zentralkomitee und Politbüro der (illegalen) KPD (1957–1968), des stellvertretenden Vorsitzenden (1968–1973) und Vorsitzenden der DKP (1973–1990) aufschlußreich. Der 1929 geborene Mies ist ein typischer Vertreter jener zwischen 1925 und 1932 verortbaren „FDJ-Generation“, die seit 1968 an den Schaltstellen des westdeutschen SED-Interventionsapparats saß und die als KPD-/FDJ-Kader den robusten Antikommunismus der Adenauer-Ära am deutlichsten zu spüren bekamen.

Memoiren solcher Provenienz sind nicht unbedingt dem Grundsatz verpflichtet, darzustellen, „wie es gewesen ist“. Dem sachkundigen Leser eröffnen sie aber bemerkenswerte Einblicke in die Psychologie des Kaders; außerdem sprechen sie durch das, was fehlt. 30 Seiten widmet Herbert Mies „Kindheit und Faschismus im Krieg“, volle 135 Seiten seiner Aktivität als Nachwuchskader in KPD und FDJ, zwanzig seinen Moskauer Studienjahren, 30 den zehn Jahren in ZK und Politbüro der illegalen KPD, zwanzig der „Neukonstituierung“ der DKP, gerade mal 40 Seiten seiner Rolle als DKP-Parteiführer

1968–89 und ebenso viele äußerst spannende den „Schicksalsjahren 1988 und 1989“.

Der Aufbau bestätigt die prägende „stalinistische“ Sozialisation der FDJ-Kader. Sie waren, wie Mies schreibt, eine gespaltene Generation, die im Nationalsozialismus heranwuchs und in beiden Teilen des Landes eine Aufbaugeneration wurde. Und so empfindet er es noch heute als ehrenvoll, daß er 1948 „eine Ausstellung über Werdegang, Bedeutung und Weltgeltung“ des „Kurzen Lehrgangs“ zur Parteigeschichte der KPdSU ausrichten durfte. Die Verfolgung der Tito-Anhänger in der KPD 1949 als „Faschisten“ findet er bloß „überzogen“. Er bekundet, daß ihn die erste Begegnung mit der Sowjetkultur „einfach umgehauen“ habe. „Als Jungkommunist hätte ich mich für Stalin in Stücke reißen lassen [...] Wir waren hingerissen vom entstehenden Sozialismus-Kommunismus. Dieses Bild blieb bestimmend für Jahrzehnte. Bei allen Einwänden, [...] die ich hatte und habe, stand und stehe ich zur Sowjetunion. Sie demonstrierte, was ohne Kapitalisten möglich ist.“ Kein Wort zu den Ergebnissen, nur eine Floskel zu den mörderischen Kosten des stalinistischen „Aufbaus“.

Natürlich ist dies das Weltbild eines hauptamtlichen Funktionärs nach zwei Jahren Parteischule (1947–49), der die FDJ-Schule im Westen leitete (1949), anschließend Kadersekretär der FDJ wurde (1951), dann zum Leiter ihres Zentralbüros aufstieg (bis 1956) und zwischenzeitlich schon Mitglied des Parteivorstandes der KPD war (1954). Spannend, soweit erkennbar, durchweg korrekt und mit vielen Details angereichert, ist Mies' Schilderung der illegalen Aktivitäten des angeblich „parteiübergreifenden“ Jugendverbandes.

Nach einem dreijährigen Studium an der Parteihochschule in Moskau (1956–1959) wird er im Januar 1960 persönlicher Sekretär des KPD-Vorsitzenden Max Rei-

mann. Er wird, mit einigen Genossen seiner Altersklasse und auf Geheiß Ulbrichts, den unzeitgemäßen „Arbeiter“ Reimann 1967/68 als Hindernis für die Re-Legalisierung der KPD mühsam aus dem Weg räumen müssen. Das alles hätte man in den SED-Akten im Bundesarchiv finden können, der Leser der „Erinnerungen“ erfährt nichts von der „Neukonstituierung“. Auch für den aktuellen Forschungsstand interessiert sich Mies nicht.

Die gerafften 40 Seiten zu seiner Zeit als stellvertretender bzw. als Vorsitzender der DKP sind von einem ausgeprägten Rechtfertigungsbedürfnis und einer ungebrochenen Parteidisziplin geprägt. Die Arkanbereiche des Parteibetriebs – zum Beispiel die Finanzierung und Anleitung durch die SED, die Militärorganisation, Dissidenz und das innere Regime der Ära Mies – bleiben unerwähnt. Schon eingangs hatte Mies mitgeteilt, er habe zur Umfangbegrenzung beschlossen, auf die Kapitel „Streiflichter aus der Arbeit als Parteivorsitzender“ und „Reisen in den Sozialismus und internationale Bekanntschaften“ zu verzichten – ein äußerst bedauerlicher Entschluß. Der Parforceritt durch die weitaus meisten Aktionsfelder und Strukturen der DKP ist dennoch hochinteressant. Das Buch beleuchtet die Sichtweise des hauptamtlichen Funktionärs. Es verrät, wo weiterhin Legenden gepflegt werden, wo angestrengt geschwiegen und wo ungeniert – auch angesichts einer gegenläufigen Archivlage – gelogen wird.

Besonders spannend ist die Schilderung der beiden turbulenten Jahre 1988 und 1989. Mies zeigt aus der Warte des Parteivorsitzenden, wie die DKP zwischen KPdSU, SED und den eigenen „Erneuerern“ zerrieben wurde. Nachdem der orthodoxe Kurs der SED eine auch nur begrenzte Nutzung der sowjetischen Perestrojka durch die DKP unmöglich gemacht hatte, gingen ihm die sowjetischen Reformideen schließlich ebenfalls

zu weit. Im Dezember 1988 kam es zum Bruch mit Gorbatschow. Erstaunlicherweise schildert Mies nicht, wie er gegen den intriganten Hermann Axen versuchte, sein Lebenswerk zu retten. Am 7. Oktober 1989 fand er sich bei den Feiern zum 40. Jahrestag der DDR in der hintersten Reihe der Festtribüne wieder und erhielt auf seine Nachfrage die Antwort: „Erich hat das so festgelegt.“ Recht moderat fällt demgegenüber sein Urteil über die „Erneuererströmung“ in der eigenen Partei aus: „Nicht alle Anhänger der Strömung wollten eine andere Partei.“ Das stimmt: Etliche von ihnen zeigen heute in der „Linken“, wie DKP-Programmatik in softer Verpackung, aber mit der berühmten „Prinzipienfestigkeit“ funktioniert.

Streichelt Mies mit der Konstruktion der „tragisch gescheiterten“ DKP als guter Hirte die Psyche seiner Parteischäfchen, so geht er mit Bündnispartnern weniger rücksichtsvoll um. Einer, der sich nicht mehr wehren kann, ist Gert Bastian, ehemaliger Generalmajor der Bundeswehr, „Friedensaktivist“ der Grünen und 1985 aus DKP-Bündnisstrukturen „ausgestiegen“. Hatte Bastian stets in der Öffentlichkeit und vor Gericht – meist erfolgreich – für die Legende gestritten, er selbst sei Urheber des äußerst erfolgreichen „Krefelder Appells“ gegen die Nato-Nachrüstung in den achtziger Jahren, so liest sich das bei Mies ganz anders: „Ich war am Zustandekommen beteiligt.“ Das Papier sei Resultat vieler Gespräche mit Josef Weber – dem Kampagnenmanager des Appells aus der Deutschen Friedens-Union (DFU) – und Gert Bastian gewesen, „den ich daheim in Würzburg besuchte. Das war der Beginn einer Freundschaft.“ Mögliche Zweifel an der Darstellung des Autors werden durch einen in den Unterlagen der Westabteilung des ZK der SED erhaltenen Rapport des Parteivorsitzenden vom 28. Oktober 1980 ausgeräumt: „Durch Vermittlung ist mit General Bastian gesprochen worden.

Er scheut gegenwärtig das demonstrative öffentliche Engagement, damit er nicht, wie er meint, das Vertrauen jener Leute im Offizierskorps der Bundeswehr verliert, die als sogenannte ‚Bastianer‘ seine Position gegen die NATO-Raketenrüstung teilen.“ Zur Verschleierung der Urhebererschaft von Handlungen spricht der in der Illegalität geschulte KP-Funktionär im Passiv; eine stilistische Eigenheit, die sich auch in Akten des MfS findet. Ansonsten ist alles schlüssig. Bei einem Treffen am 20. Oktober 1980 im Hause Bastian hat es demnach drei Teilnehmer gegeben: Bastian, Weber und Mies. Die ständige Diktion des Generals, der Text des Appells sei „ohne fremde Federführung“ bzw. „aus seiner Feder“ entstanden, mag sogar formaljuristisch korrekt sein. Der Hausherr führt Protokoll und schreibt das gemeinschaftlich Formulierte auf. Das ist auch für Mies und Weber stimmig: Niemals würden Funktionäre ihrer Professionalität Notizen aus eigener Hand bei Bastian hinterlassen haben.

Und so bleiben den Memoiren des Parteivorsitzenden denn doch noch zwei Meriten: das „Verdienst“ der DKP an der „Friedensbewegung“ korrekter zu beleuchten und „Fellow Travellern“ klar zu machen, daß Loyalität gegenüber Bündnispartnern stets zur Disposition steht und im Falle einer „Abweichung“ von der Parteilinie garantiert endet.

*Rudolf van Hüllen*

**Noeske, Berthold: Als Opposition noch chancenlos war – Beispielhafte Schicksale zwischen 1945 und 1963 in der DDR. Berlin: Treibgut Verlag 2009, 297 Seiten, 19,90 €.**

Berthold Noeske, Jahrgang 1943, wurde im brandenburgischen Eberswalde geboren. 1955 floh er aus politischen Gründen mit der Familie nach West-Berlin. Nach dem Schulabschluß absolvierte er eine Lehre zum Einzelhandelskaufmann und trat ins elterliche Geschäft ein. 1969

heiratete er und zog nach Freiburg im Breisgau. Dort machte er eine Ausbildung zum Sozialarbeiter und arbeitete zuerst im Erziehungsdienst im Kinder- und Jugendheim, später als Hausmann zur Versorgung der (Pfleger-)Kinder. Außerdem war er Stadtrat der Grünen im Freiburger Stadtparlament. Er engagierte sich gegen Atomkraft, gegen den Straßenausbau und für die Errichtung einer Fahrradstation. Seit 2005 beschäftigt er sich mit der Aufarbeitung von Oppositionsschicksalen in der SBZ/DDR im Raum Barnim.

In seinem neuen, dokumentarischen Buch bezieht Noeske das heimatliche Umfeld der Einwohner der Kreisstadt Eberswalde und der Landkreise im Barnim in die zeitgeschichtlichen Entwicklungen ab 1945 ein. Die persönlichen Erlebnisse des Autors, seiner Angehörigen und anderer Betroffenen sind nicht Mittelpunkt, sondern Teil des Ganzen. Geschickt verbindet der Autor die Ergebnisse seiner jahrelangen Recherchen in den Archiven mit zahlreichen Zeitzeugeninterviews. Es ist erstaunlich, welche authentischen Materialien der Autor noch finden konnte. Noeske verwendet unterschiedliche Schrifttypen, um Zitate aus den Archivunterlagen von persönlichen Ausführungen abzuheben. Vor allem aber bemüht er sich, knapp und nüchtern zu kommentieren. Der Leser soll sich seine eigene Meinung bilden. Berthold Noeske ist kein Historiker, aber das durchgängig hohe Maß an Authentizität der Quellenmaterialien und deren ausgewogene Darstellung ist beeindruckend.

Das Buch beginnt mit einem kurzen Grußwort des Eberswalder Bürgermeisters. Im ersten Kapitel gibt der Autor eine kurze Einführung in das Warum und Weshalb des Buches. Das zweite Kapitel behandelt die letzten vierzehn Tagen im Barnim vor der Kapitulation Berlins sowie die Jahre der SBZ bis 1949. Weitere Themen sind die Entnazifizierung, die ersten Wahlen, die Enteignungen, die anhaltende Willkür der Besatzer, die Gleichschal-



tung, die Repressionen. Im dritten Kapitel wird die „Bodenreform und Kollektivierung“ thematisiert. Das vierte Kapitel, „Erschossen in Moskau“, widmet sich in 21 Kurzbiographien den in Moskau hingerichteten Deutschen aus Eberswalde und Umgebung aus den Jahren 1950 bis 1953. Die Angaben zu den Ermordeten stammen allesamt aus Urteilen der Sowjetischen Militärtribunale (SMT), die der Autor teilweise mit Daten und Hinweisen aus K5/MfS-Protokollen angereichert hat. Der Autor hätte deutlicher machen müssen, woher die aufgeführten Sachverhalte stammen. Noeske hätte sich von den Urteilsbegründungen der SMT, die er kommentarlos übernimmt, distanzieren müssen. Immerhin wurden achtzehn der 21 angeblichen „Konterrevolutionäre“ bereits rehabilitiert. Das fünfte Kapitel, „Die Freunde der Neuen Schule“, beschäftigt sich mit der DDR-Schulreform ab November 1949 und der „FDJisierung“ der Schüler. Als Beispiel der Veränderungen wird die Alexander-von-Humboldt-Oberschule in Eberswalde angeführt, die ab 1946 schrittweise gleichgeschaltet wurde, was zu politischen Widerständen führte. Das sechste Kapitel beschreibt die Zurückdrängung der Kirchen aus den Familien und dem öffentlichen Leben. Noeske schildert den immensen Druck, der auf Pfarrern, Priestern und Mitgliedern der Jungen Gemeinde lastete. Im siebten Kapitel, setzt sich der Autor mit dem Thema „Republikflucht“ auseinander. Er zeigt auf, wie die SED die tatsächlichen Fluchtgründe propagandistisch umgedeutet hat. In den Kapiteln acht bis vierzehn setzt sich Noeske jeweils mit einem Grundthema der Verfolgungs- und Unterdrückungsmaßnahmen der SED, des MfS oder des Ministeriums für Staatssicherheit der Sowjetunion (MGB) auseinander. Er verknüpft das mit den Schicksalen betroffener Familien: Zu Wort kommen eine Tischlerfamilie, ein Buchhändler, ein Revierförster und seine Söhne, ein Gastwirt, die Familien

Gottschalk und Herzog (Zeugen Jehovas) sowie die Familie des Autors. Im fünfzehnten Kapitel widmet sich Noeske der Schließung der forstwirtschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität in Ost-Berlin. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß dem Autor eine Darstellung der Entwicklungen auch außerhalb der Ballungszentren gelungen ist. Er beschreibt die „leise oder laute“ Auflehnung gegen eine neue Diktatur und die perfiden Vernichtungsmaßnahmen gegen Andersdenkende, die stark an die erste deutsche Diktatur erinnern: Denunzieren, verfolgen, verhaften, verschleppen, eliminieren. Jeder noch so kleine „Freiraum“ wurde abgeschafft. Das Buch veranschaulicht die radikale und totalitäre Ausmerzungen aller der SED nicht genehmen gesellschaftlichen und politischen Strukturen.

Daß dies alle Schichten der Bevölkerung traf, zeigen die Berufsangaben in den 21 Kurzbiographien jener Menschen, die ihren Versuch sich der erneuten totalen Gleichschaltung zu widersetzen, mit ihrem Leben bezahlt haben. In seiner Schlußbemerkung appelliert der Autor an seine Leser aus der Region Eberswalde, sich mit ihren Erinnerungen an das Kreisarchiv Barnim oder das Museum Eberswalde zu wenden. Besonders für das Land Brandenburg und die dort gepflegten weißen Flächen ist Noeskes Band beispielhaft – vielleicht sogar ein Durchbruch, dem andere folgen könnten. Dank seines sachlichen Stils und der ausgewogenen Darstellung wäre eine Verwendung des Buches im Bereich der politischen Bildung wünschenswert.

Lediglich die scheinbar sang-und-klanglose Darstellung des Schicksals der zwischen 1950 und 1953 in Moskau Hingerichteten verwundert im Nachhinein ein wenig. Zum einen sind elf von den 21 Opfern sogenannte „Mitglieder“ von konstruierten, drei von lokalen „Widerstandsgruppen“. Auch ein Teil der zehn anderen hatte Verbindungen zu „Gruppen“ in

anderen Teilen der DDR. Echte „Einzel-Konterrevolutionäre“ waren demnach nur drei der SMT-Verurteilten.

Zum anderen finden sich in den Urteilsbegründungen oder den Personenangaben neben politisch verzerrten „Tatbeständen“ häufig Anmerkungen wie „verurteilt zusammen mit 5 Weiteren“. In vielen Fällen fehlen jedoch Angaben zu den Mitangeklagten, die nicht zum Tode verurteilt wurden. Deren Zeitstrafen betragen immerhin auch zehn bis 25 Jahre Zwangsarbeitslager. Leider gibt der Autor keine Hinweise auf die Zahl der vermeintlichen „Konterrevolutionäre“ oder „verschollenen“ Menschen in der Zeit von Mitte 1945 bis Anfang 1950. Dabei war diese Zahl gerade im Land Brandenburg besonders hoch.

Abgesehen davon beeindruckt das Buch durch seine außergewöhnliche Informationsfülle. Noeske macht die Zeit der totalitären Etablierung der SED-Diktatur plastisch. Der Autor ist zu loben, weil er die Menschen würdigt, die sich der Diktatur auf unterschiedliche Art und Weise widersetzt haben.

*Lutz Utecht*

**Poppe, Grit: Weggesperrt. Roman. Hamburg: Cecilie Dressler Verlag 2009, 332 Seiten, 9,95 €.**

**Puls, Heidemarie: Schattenkinder hinter Torgauer Mauern. Rostock: Rinck Verlag 2009, 239 Seiten, 14,95 €.**

Wie man Umerziehungslager der DDR-Jugendhilfe überlebt, welche menschlichen Tragödien, aber auch welche Solidarität dort möglich waren, davon erzählen die beiden vorliegenden Bücher. Während Grit Poppe das Personal ihres Tatsachenromans *Weggesperrt* anonymisiert hat und eine Romanheldin namens Anja Sander die wahren Begebenheiten durchstehen läßt, schildert Heidemarie Puls in *Schattenkinder hinter Torgauer Mauern* ihre persönlichen Erfahrungen in „Spezialheimen“ der DDR. Gleichwohl haben

die Hauptfiguren eines gemeinsam: Sie beide gingen durch den für seine Erziehungsquälerei besonders berüchtigten Geschlossenen Jugendwerkhof (JWH) Torgau. Beide verdrängten die Erinnerungen daran für eine sehr lange Zeit, und es gelang ihnen schließlich nur mit Hilfe anderer, diese Erfahrungen zu verarbeiten. Dabei hilft auch die Erinnerungs- und Begegnungsstätte im ehemaligen Geschlossenen JWH Torgau, die sich inzwischen als zentrale Anlaufstelle für ehemalige Insassen und deren Angehörigen um Betroffene kümmert.

In der DDR waren die Erlebnisse im Jugendwerkhof ein Tabuthema, sagte Heidemarie Puls 2008 in einem Interview. Wer in einem Jugendwerkhof war, galt als Verbrecher, und wer öffentlich zugibt, im Jugendwerkhof gewesen zu sein, wird häufig auch heute noch stigmatisiert. Familiäre und staatliche Gewalt zieht sich wie ein roter Faden durch die Kindheit und Jugend vieler ehemaliger Jugendwerkhof-Insassen. Die Autorin wurde jahrelang von ihrem Stiefvater mißbraucht und von der Mutter vernachlässigt. Mit elf Jahren unternahm sie einen Selbstmordversuch und wurde in eine Nervenklinik eingeliefert. Doch die Ärzte schickten sie bald wieder nach Hause. Als sie drohte, sich erneut das Leben zu nehmen, wurde sie in ein Kinderheim bei Waren eingewiesen. Dort herrschte ein strenges Regime. Mehrmals versuchte sie zu fliehen. Als Heidemarie Puls dreizehn Jahre alt war, kam sie in ein Durchgangsheim für Schwererziehbare in Demmin, dann folgte der Jugendwerkhof in Burg bei Magdeburg, danach Torgau. Ihr Vergehen: Sie war wiederholt aus den verschiedenen Heimen geflohen, weil man sie geschlagen oder sexuell mißbraucht hatte. Außerdem hatte sie sich gegen die üblichen Schikanen zur Wehr gesetzt. Aus dem Geschlossenen JWH Torgau gab es keine Fluchtmöglichkeiten mehr. Standardstrafen wie Schlaf- und Essent-

zug, Isolierhaft, Zwangssport, Sprechverbot und Prügel prägten den Alltag. Was als Resozialisierungsmaßnahme deklariert war, war in Wahrheit staatliche Repression. Niemand sollte sich dem Erziehungsanspruch, einen „Neuen Menschen“ zu schaffen, entziehen können. Mit siebzehn Jahren wurde Heidemarie Puls entlassen und durfte zu ihrer Großmutter. Ihre schrecklichen Erfahrungen verdrängte sie bis Ende der neunziger Jahre. Irgendwann brach sie psychisch zusammen. Langsam gelang es ihr, über das an ihr begangene Unrecht zu sprechen. In ihrem teilweise schockierenden Erlebnisbericht tauchen nur wenige Menschen auf, die ihr Hoffnung gaben, „diese Zeit zu überleben“: der leibliche Vater, ihre Schwestern, einige wenige Erzieherinnen und vor allem ihre Großmutter. „Oma war mir dann ganz nah“, schreibt sie, „weil ich wußte, daß auch sie in ihrem Stuhlsessel, der im Wohnzimmer rechts neben dem Nähtisch stand, saß und strickte.“ Mit ihrem Buch will Heidemarie Puls ihre eigene Geschichte aufarbeiten und zudem diejenigen, die noch schweigen, ermutigen, sich endlich von der Last zu befreien. Denn: „Ihr wart die Opfer und nicht die Täter“, so ihre Botschaft.

Die Geschichte von Anja Sander im Tatsachenroman *Weggesperrt* beginnt im Jahre 1988. Anjas Mutter, die einen Ausreiseantrag gestellt hatte, wurde vom Staatssicherheitsdienst verhaftet; die 14-jährige Tochter kam in ein Umerziehungsheim der DDR-Jugendhilfe. Hier sollte sie zu einem „vollwertigen Mitglied“ des SED-Staates werden. Wie Heidemarie Puls versuchte Anja, wegen andauernder Übergriffe anderer Mädchen und Demütigungen durch Erzieherinnen auszubrechen. Im Dezember 1988 gelang die erste Flucht. Sie tauchte bei Verwandten in Erfurt unter. Doch bald stand die Polizei vor dem Haus ihres Onkels. Anja wurde in die Erziehungsanstalt zurückgebracht. Silvester 1988 saß sie im Ein-

zellarrest. In die Zelle geschmuggelte Gedichte von Rainer Maria Rilke halfen ihr. „Sie las sie nicht einfach nur. Sie begab sich in sie hinein. Wie in einen anderen Raum, in eine andere Welt.“ Doch das Bändchen mit Rilkes Gedichten war eine Feldpostausgabe aus dem Jahr 1942. Eine Aufseherin beschlagnahmte das „fascistische Buch“. Wieder wurden Strafmaßnahmen verhängt. Als man ihr den Brief ihrer Mutter aus „Strafe“ vorenthielt, schlug Anja im Affekt auf die Erzieherin ein. Sie wurde in den Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau gebracht. Ihr Vergehen: „tätlicher Angriff [...] terroristischer Akt“.

Während seines Bestehens 1964 bis 1989 wurden mehr als 4 000 Jugendliche im Alter von vierzehn bis achtzehn Jahren in den Geschlossenen JWH Torgau eingewiesen. In Torgau lebten die Kinder und Jugendlichen wie in einem Gefängnis, hinter Stacheldraht und Gittern, beaufsichtigt von Wachpersonal mit Hunden, belastet mit schwerer Arbeit und allen erdenklichen Strafen. Von der Einweisung bis zur Entlassung waren sie der Willkür der „Erzieher“ ausgesetzt. Sie mußten stundenlang auf dem Flur stehen und Mißhandlungen, verbale Übergriffe sowie Leibesvisitationen über sich ergehen lassen. Wer sich partout nicht fügen wollte, bekam Einzelarrest. Die Erfahrung des Ausgeliefertseins erzeugte blinden Gehorsam. Dieser „Zustand“, wie Poppe ihn nennt, wurde während des gesamten „Erziehungsprozesses“ aufrechterhalten. Anja paßte sich schließlich vollständig an. Sie wollte nicht mehr gegen Regeln verstoßen, „beim Sport nicht versagen, jeden Befehl sofort ausführen, täglich die Arbeitsnorm erfüllen, sich die Nachrichten im *Neuen Deutschland*, im Radio, in der Aktuellen Kamera einprägen, um sie exakt zu wiederholen, putzen bis der Boden glänzte, und handeln, wie jeder vernünftige Roboter handeln würde“. Im Frühjahr des Jahres 1989 gelang

Anja während eines Krankenhausaufenthalts die Flucht aus Torgau – offiziell ist nie ein geglückter Fluchtversuch aus dem Geschlossenen JWH Torgau bekanntgeworden. Die Jugendliche schlug sich nach Leipzig durch, versteckte sich die ersten Wochen auf Dachböden, in Kellern und Fahrradschuppen, bis sie eine „Ersatzoma“ fand, für die sie Hausarbeiten und Einkäufe erledigte und dafür bei ihr wohnen durfte. Wie in *Schattenkinder* gewährt eine Großmutter Unterschlupf, ohne nach dem Warum zu fragen. Anjas Geschichte findet in der friedlichen Revolution 1989 einen guten Ausgang. Viele ehemalige Insassen der DDR-Umerziehungslager hatten dieses Glück nicht. Sie leiden heute noch unter den Mißbrauchserfahrungen. Im November 1989 wurde der Geschlossene JWH Torgau aufgelöst; die Täter versuchten, die Spuren zu verwischen. Grit Poppe und Heidemarie Puls setzen dem mit ihren beeindruckenden Darstellungen des staatlichen Zwangserziehungssystem à la DDR ein beeindruckendes Zeugnis entgegen. Hoffentlich finden diese DDR-Erinnerungen Verwendung in Schulunterricht und Jugendbildung.

*Angela Schmole*

**Thiemann, Ellen: Der Feind an meiner Seite. Die Spitzelkarriere eines Fußballers. München: Herbig Verlag 2005, 366 Seiten, 22,90 €.**

**Franke, Uta / Fricke, Karl Wilhelm / Neumann, Eva-Maria / Noll, Chaim / Richter, Alexander / Thiemann, Ellen: Der lange Arm der Stasi. Folter, Psychoterror, DDR-Nostalgie: Persönliche Zeugnisse. Aachen: MM Verlag 2009, 224 Seiten, 18,- €.**

Im Jahr 1972 wollten die Journalistin Ellen Thiemann und der DDR-Fußballer und Sportjournalist Klaus Thiemann mit ihrem Sohn in den Westen flüchten. Der Sohn sollte als erster im Kofferraum eines Fahrzeuges die Grenze passieren. Die

Eltern wollten wenige Tage später folgen. Doch der Fluchtversuch mißlang, der Sohn wurde entdeckt. Ellen Thiemann nahm alle Schuld auf sich, um ihren Ehemann vor dem Gefängnis und damit ihr Kind vor dem Heim zu bewahren. Sie wurde zu drei Jahren und fünf Monaten Haft verurteilt, die sie im berüchtigten Frauenzuchthaus Hoheneck in Stollberg/Erzgebirge verbüßte. Ellen Thiemann überstand die brutalen Verhöre, durchlitt Zwangsarbeit, Schlaf- und Essensentzug, Isolierhaft, die katastrophalen hygienischen Bedingungen und die dauernden Demütigungen durch das Aufsichtspersonal.

Ende Mai 1975 wurde sie aus Hoheneck nach Ost-Berlin entlassen. In ihrer Wohnung fand sie Aufzeichnungen von Klaus Thiemann, die auf eine Stasi-Mitarbeit ihres Ehemannes hindeuteten. Ob er aus Furcht vor einer Verhaftung selbst auf das MfS zugeht oder ob die Stasi ihrerseits die Gunst der Stunde für eine Zusammenarbeit nutzte, ist unklar. Tatsache ist, daß Klaus Thiemann, während seine Frau in Haft war, als IM „Klaus“, später als IMV, IMS und IMB „Matthias“ geführt wurde und am 10. Oktober 1973 eine entsprechende Verpflichtungserklärung abgab. Ellen Thiemann, die auch noch ertragen mußte, daß ihr Mann mit einer anderen Frau in der gemeinsamen Wohnung lebte, zog die Konsequenz. Sie ließ sich scheiden und erreichte mit ihrem Kind die Ausreise in den Westen. Über ihre Gefängniszeit schrieb sie 1984 das Buch *Stell dich mit den Scherzen gut*. IM „Matthias“ alias Klaus Thiemann spitzelte bis Ende 1989 für das MfS. Erst am 15. Dezember 1989 „entpflichtete“ das MfS ihn von der inoffiziellen Zusammenarbeit. Führungsoffizier Oberstleutnant Radeke dankte dem IM für die „stets konstruktive Zusammenarbeit“ mit einer letzten Prämie.

Vom *Deutschen Sportecho* wechselte Klaus Thiemann 1991 zur *Bild*-Zeitung.



Der *Spiegel* enttarnte ihn im November 1999 als einen der größten Stasi-Spitzel unter den DDR-Sportreportern. Ellen Thiemann wollte die ganze Wahrheit wissen. Sie sichtete die Stasi-Akten und entdeckte schließlich das gesamte Ausmaß der Bespitzelung und Denunziationen ihres Ex-Mannes. Der hatte als Redakteur des *Deutschen Sportechos* jahrelang als IM „Matthias“ über aktive DDR-Fußballer, Trainer, Schiedsrichter, Funktionäre und Kollegen berichtet. Er schöpfte außerdem einen Redakteur der westdeutschen Fußballzeitschrift *Kicker* ab und war auf die „Verräter“ Jörg Berger, Lutz Eigendorf, Jürgen Pahl und Norbert Nachtweih angesetzt. Ellen Thiemann zitiert in ihrem Buch *Der Feind an meiner Seite* ausführlich aus den MfS-Akten. Ihnen konnte sie entnehmen, welchen Aufwand der Staatssicherheitsdienst bei der Überwachung der Familie betrieben hatte und mit welchen mitunter völlig unbedeutenden Details sich all die IM beschäftigten, die ihr Leben ausforschten.

In seinen Berichten äußerte sich „Matthias“ zu den eigenartigen Trainingsmethoden des DDR-Fußballnationaltrainers Georg Buschner. Er wies auf Manipulationen zugunsten des BFC Dynamo hin und beschäftigte sich mit der sogenannten Schiedsrichterproblematik. Daß der Schiedsrichterobmann Heinz Einbeck vom BFC Dynamo jahrelang ganz bewußt junge Schiedsrichter und Angehörige des MfS bei BFC-Spielen einsetzte, ist inzwischen auch durch wissenschaftliche Untersuchungen nachgewiesen. IM „Matthias“ ging nach seiner Entlassung bei *Bild* in die Schweiz. In besten finanziellen Verhältnissen lebt er heute mit einer Schweizer Zahnärztin in Basel. Ihren Ex-Mann haßt sie nicht, sagte Ellen Thiemann 2007 in einem Interview, das sei er gar nicht wert.

In dem Sammelband *Der lange Arm der Stasi* melden sich neben Ellen Thiemann sechs weitere Autoren zu Wort. Sie er-

zählen aus ihrem Leben und ziehen dabei auch die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes heran. Karl Wilhelm Fricke befaßt sich in seinem Beitrag mit der juristischen Aufarbeitung des DDR-Unrechtsregimes. Seine Entführer kamen glimpflich davon. Fricke weist auch auf die ehemaligen Alt-Genossen der SED, die früheren MfS-Mitarbeiter und Stasi-Spitzel hin, die gut organisiert in Kooperation mit einschlägigen Verlagen vergessen machen wollen, wie es in der DDR wirklich war und mit allen möglichen Tatsachenverdrehungen einen historischen Revisionismus von links betreiben. Überschätzen möge man diese Ewiggestrigen nicht, aber man sollte sie auch nicht kleinreden, mahnt Fricke.

Ellen Thiemann hat gegen ihre Peiniger 24 Anzeigen erstattet. Eine einzige zog eine Verurteilung nach sich. Der Angeklagte bekam eine Bewährungsstrafe. Die Autorin ist entsetzt, daß es früheren SED-Funktionären und Stasi-Spitzeln gelingt, den Rechtsstaat zu nutzen, um sich höhere Renten zu sichern und die Nennung ihrer Klarnamen wie auch die Beschreibung ihrer Spitzeltätigkeit verbieten zu lassen. Die einschlägigen Unterlassungsverfügungen gegen Tageszeitungen, Zeitschriften, Buchverlage, Dokumentarfilme, TV-Magazine aber auch Organisatoren von Ausstellungen haben in den letzten Jahren ein unerträgliches Ausmaß erreicht. Ellen Thiemann versteht die Welt der Justiz nicht mehr. Nun soll also wieder gelten: Was früher Recht war, kann jetzt kein Unrecht sein? Gleichwohl will sie die Gleichgültigkeit, die in Sachen DDR-Unrecht im Land vorherrsche, nicht hinnehmen. Sie will sich gegen die Abwiegler wehren, die heute sagen, es sei so schlimm nicht gewesen. Sie will sich gegen die Verklärung durch Ostalgie-Shows und Gregor Gysis multi-mediale Dauerpräsenz wehren. Sie will wenigstens in ihren Büchern darüber schreiben können,



wie es wirklich war, was sie und andere SED-Opfer erlebt haben.

Die Violinistin Eva-Maria Neumann etwa berichtet über die gescheiterte Flucht ihrer Familie im Februar 1977. Die Familie wurde auseinandergerissen, was folgte, war eine Odyssee durch Haftanstalten, endlose Verhöre, Einzelhaft, Drohungen und Folter durch Schlafentzug. Nach zweieinhalb Jahren kaufte die Bundesrepublik die Musikerin und ihren Ehemann frei, sechs Monate später durfte die Tochter ausreisen. Seit 1982 unterrichtet sie an der Städtischen Musikhochschule in Aachen und ist Mitglied des Aachener Kammerorchesters. Die vollständige Fluchtgeschichte ist in ihrem Buch *Sie nahmen mir nicht nur die Freiheit* nachzulesen. In ihrem Beitrag geht Eva-Maria Neumann der Frage nach, ob ihre Fluchtentscheidung richtig war. Es gebe keine Lesung, bei der sie nicht gefragt werde, ob sie es wieder tun würde. Gegenüber einem Journalisten sagte sie einmal: Die individuelle Freiheit sei ihr im Leben das wichtigste gewesen – auch für ihr Kind.

Ein weiterer Beitrag stammt von dem jüdischen Schriftsteller Chaim Noll, der in Ost-Berlin geboren wurde. Als Jude hatte er in der DDR kein leichtes Leben. Noll verweigerte den Wehrdienst und landete in der Psychiatrie. 1983 verließ er die DDR, heute lebt er in Israel. Schon als Kinder habe er „unter der Mentalität der DDR“ sehr gelitten, sagte Noll in einem Interview. In seinem Beitrag versucht er zu ergründen, was dem Individuum in einer Diktatur angetan wird. Die seelische Deformation von Millionen Menschen, die Zerstörung der Natur sowie das Herunterwirtschaften ganzer Länder und Nationen zählt er zu dem Erbe der Diktaturen. Für die einst herrschende Schicht in den Ländern des Staatssozialismus erscheint ihm der von Milovan Djilas eingeführte Begriff der „Neuen Klasse“ durchaus geeignet. Die Herrschaft der „Neuen Klasse“ war kürzer als die jeder an-

deren herrschenden Klasse, ihre Hinterlassenschaft aber um so ruinöser. Doch welche Bezeichnungen für die Nomenklatur der Ostblockstaaten auch immer verwendet wird: Nach deren Ende verschwanden die kommunistischen Parteien nicht, sondern sie änderten unter Umständen lediglich ihre Namen. Im wiedervereinigten Deutschland bezeichnete sich die SED-Nachfolgepartei mal als „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS), mal als „Linkspartei“ oder auch „Die Linke“. Das Feindbild „Israel“ und der Anti-Amerikanismus haben die Namenswechsel bis heute überdauert: Ende Januar dieses Jahres blieb die Linkspartei-Abgeordnete Sahra Wagenknecht demonstrativ sitzen, als Israels Staatspräsident am Tag der Befreiung von Auschwitz den Bundestag besuchte. Chaim Noll beobachtet seit 1990 mit einiger Beklommenheit, wie frühere Kommunisten in eine neue Rolle als Verantwortungsträger in den europäischen Demokratien schlüpfen. Mit Erstaunen resümiert Noll ihr „unheimliches Überleben“ und ihr allmähliches Eindringen in die Welt der demokratischen Freiheiten.

Alexander Richter beschreibt in seinem Beitrag die MfS-Überwachungsmethoden und die Haftbedingungen in den DDR-Gefängnissen. Richter wurde wegen seiner Kritik an der SED 1982 vom Staatssicherheitsdienst auf offener Straße verhaftet und zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach dem Freikauf in die Bundesrepublik arbeitete er als Schriftsteller und als Redakteur der Monatszeitschrift *Freiheitsglocke*, die die Vereinigung der Opfer des Stalinismus herausgibt. Richter machte nach dem Ende des SED-Regimes einige seiner früheren Peiniger ausfindig. Ein ehemaliger Oberleutnant öffnete die Tür nicht; ein früherer MfS-Vernehmer, der heute als Rechtsanwalt in Potsdam arbeitet, war wegen eines Gerichtstermins nicht zu sprechen; ein ehemaliger Stasi-Major, der an Richters Inhaftierung betei-

ligt war, erklärte, er habe „nur einige Weisungen ausgeführt, indem er zwei oder drei IM anwerben ließ“ und auf Richter ansetzte. Er sei einfach „für das Handwerkliche zuständig gewesen“. Für das „Handwerkliche“ bedeutete im Fall Richter Hausdurchsuchungen, Abhörmaßnahmen, Verfolgungsattacken, gezielte Verunsicherungen, lückenlose Briefkontrolle und gefährliche Manipulationen am Fahrzeug des Bespitzelten.

Der kurze Beitrag von Uta Franke über die marxistisch-trotzkistische Oppositionsgruppe in Leipzig um Heinrich Saar und Simone Langrock rundet den Sammelband ab. Die Mitglieder dieser Gruppe betrieben philosophische Studien, man las George Orwells *1984* und Albert Camus' *Der Mensch in der Revolte*. Ende der siebziger Jahre diskutierte diese Gruppe aber auch andere marxistische Entwürfe und wurde zudem von Bahros *Alternative* stark beeinflusst. 1978 brachten Gruppenmitglieder die Losung „Freiheit für Bahro“ am Völkerschlachtdenkmal an und stellten Flugblätter her, um die Veröffentlichung seines Buches zu fordern. 1979 wurde die Gruppe zerschlagen, Heinrich Saar und andere wurden verhaftet und zu hohen Haftstrafen verurteilt. Uta Franke zog nach dem Freikauf durch die Bundesregierung nach Köln.

Aber auch im Westen blieben Leute wie sie im Blickfeld des MfS. Der „lange Arm der Stasi“ reichte bis in die Domstadt. Das MfS plante „offensive Maßnahmen“ gegen Heinrich Saar. Pakete und Briefe in die DDR wurden abgefangen, Telefongespräche abgehört, Interviews im „Deutschlandfunk“ von der Stasi akribisch ausgewertet, um Belastungsmaterial gegen die nun in der Bundesrepublik lebenden Regimegegner zu sammeln. Darüber hinaus versuchte die Stasi, Angehörige und Freunde der Ausgereisten in der DDR als Inoffizielle Mitarbeiter zu gewinnen. Leider ist Uta Frankes Beitrag der einzige, der in den Fußnoten auf Quel-

len verweist. Bedauerlich ist auch, daß das Buch kein Sach- und kein Namensregister enthält. Durch ein besseres Lektorat der einzelnen Beiträge hätten Wiederholungen vermieden werden können. Doch wer sich für die Erlebnisse und den Alltag widerständiger DDR-Bürger interessiert, ist mit diesem Band bestens bedient.

*Angela Schmole*

**Schabowski, Günter im Gespräch mit Sieren, Frank: Wir haben fast alles falsch gemacht. Die letzten Tage der DDR. Berlin: Econ 2009, 281 Seiten, 19,90 €**

Günter Schabowski ist das einzige Mitglied des SED-Politbüros, das nach dem Sturz der SED-Herrschaft zu der Einsicht gelangt ist, daß der marxistisch-leninistische Sozialismus im Denkansatz verfehlt war. Er ist auch das einzige Politbüromitglied, das sich jetzt uneingeschränkt zur rechtsstaatlichen pluralistischen Demokratie bekennt. Schabowski ist nur vergleichbar mit Alexander Jakowlew, der unter Gorbatschow Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU war. Für seine ehemaligen Genossen ist Schabowski dadurch ein „Unberührbarer“ geworden. Aber auch Kommunismusexperten aus der alten Bundesrepublik haben Probleme mit Schabowskis Gesinnungswandel. Sie werfen ihm vor, daß er diese Einsicht nicht schon als Mitglied des Politbüros artikuliert hat. Sie sollten sich daran erinnern, daß das Politbüromitglied Konrad Naumann im November 1985 wegen seines Angriffs auf die „Generallinie“ gestürzt wurde. Frank Sieren hatte im Jahre 1990 mit Schabowski Gespräche geführt, die unter dem Titel *Das Politbüro. Ende eines Mythos* veröffentlicht wurden. Das vorliegende Buch ist eine Fortsetzung, die Schabowskis Einsichten aus den vergangenen zwanzig Jahren enthält. Die zwölf Kapitel des Buches beginnen mit dem Sturz Honeckers und der Öffnung der Mauer, skizzieren

seinen politischen Lebensweg und behandeln Brennpunkte und Charakteristika der DDR wie den 17. Juni 1953, die Staatssicherheit, das Verhältnis zur Sowjetunion, die deutsch-deutschen Beziehungen, die Planwirtschaft, die Staatsmedien und die Umwandlung der SED zur PDS/Linke.

Schabowski bekennt, daß er ein gläubiger Kommunist gewesen ist. Für ihn gibt es viele Gemeinsamkeiten zwischen dem Kommunismus und der Religion. Der Marx'sche Entwurf einer Zukunftsgesellschaft sei genauso wenig beweisbar wie das Leben nach dem Tode. Man müsse daran glauben

Schabowski beschreibt Gorbatschows Plan, Honecker durch das Duumvirat Markus Wolf/Hans Modrow zu ersetzen. Das entsprach seiner Moskauer Politik, sich auf das KGB als Gegengewicht zum schwerfälligen Parteiapparat zu stützen. Dazu kam es nicht mehr. Die von Egon Krenz, Siegfried Lorenz und Günter Schabowski angeleitete Fronde führte zum Sturz Honeckers. Ein letzter Versuch, Boden zu gewinnen, war Wolfs Rede auf dem Berliner Alexanderplatz am 4. November 1989. Schabowski sollte dort als nicht vom KGB gebilligter Vertreter der Anti-Honecker-Fronde „im Massenprotest absaufen“. Wolf wiederum mußte „unter den schneidenden Pfiffen der Demonstranten erleben, wie sein Versuch, die eigene Vergangenheit wegzuzaubern, scheiterte“.

Aus Sicht von Schabowski habe es unter den IM zwar „Charakterlumpen“ gegeben. Aber die Mehrzahl seien SED-Mitglieder gewesen, denen bei der Anwerbung suggeriert worden sei, daß sie mit ihrer Spitzeltätigkeit einen wichtigen Beitrag zur Verwirklichung des sozialistischen Gesellschaftsideals leisteten. Er betont, daß die Stasi kein „Staat im Staate“, sondern ein wichtiges Herrschaftsinstrument der SED gewesen sei, das immer der strikten Kontrolle der Partei unterworfen war. Die Stasi sei bis ins Detail eine

Schöpfung des KGB gewesen, allerdings sei das Netz der Bespitzelung in keinem „Bruderland“ so dicht gewesen wie in der DDR. Die Kommunisten hätten ein „tief verwurzeltetes Mißtrauen gegen die werktätigen Massen“ gehabt.

Ausführlich beschreibt Schabowski, wie die SED-Zeitungen und die Zeitungen der Massenorganisationen durch die Abteilung Agitation des ZK, die Zeitungen der Blockparteien und Zeitschriften durch das Presseamt der DDR-Regierung angeleitet wurden. Honeckers besondere Aufmerksamkeit galt dem *Neuen Deutschland (ND)* und der *Aktuellen Kamera*. Unmittelbar nach der Politbüro-Sitzung mußten sich der ZK-Sekretär für Agitation und der Chefredakteur des *ND* bei ihm einfinden. Honecker ließ sich gerne aus erster Hand über das Layout der Titelseite, die Aufmacher, die Überschriften und über beabsichtigte Tageskommentare informieren. Für die Fernsehnachrichten interessierte er sich immer dann besonders, wenn es um die Massenwirkung der SED-Führung und seiner eigenen Person ging. Honecker war allen Ernstes der Ansicht, so zumindest theoretisch jeden Abend auf visuelle Tuchfühlung mit den DDR-Bürgern gehen zu können. Lang war der Katalog der Sprachregelungen und der Dinge, die nicht erwähnt werden durften. So sollten bei protokolларischen Begegnungen keine Fotos von Obststellern auf den Tischen gezeigt werden, „weil die Bevölkerung neidisch werden würde“.

Im Kapitel „Zwieback im Politbüro. Die profitfreie Planwirtschaft“ stellt Schabowski fest, daß eine Wirtschaftsbürokratie wie die in der DDR die Intelligenz, Initiative und Risikobereitschaft von frei agierenden Unternehmern nicht ersetzen kann. Schabowski stritt sich im Politbüro mit Günter Mittag, dem allmächtigen ZK-Sekretär für Wirtschaftsfragen, über die unzureichende Zwiebackherstellung eines Berliner Betriebes. Schabowski wies dar-

auf hin, daß die angeblich modernste Fertigungsstraße für Zwieback DDR-Eigenbau sei und nicht funktioniere. Schließlich wurde beschlossen, die einschlägige Technik aus dem Kapitalistischen Ausland zu beschaffen. Bei seinen Betriebsbesuchen, so jedenfalls seine eigene Darstellung, begnügte sich Schabowski nicht mit geschönten Rechenschaftsberichten, sondern hörte sich in kleinen Diskussionsrunden die Sorgen der Mitarbeiter an. Wenn von zehn Problemen drei oder vier gelöst werden könnten, habe es sich für beide Seiten gelohnt. Schabowski lud den zuständigen Minister ein, damit dieser Zulieferungen organisierte, die den Betrieb in die Lage versetzen sollten, den Plan zu erfüllen. Einige Tage später erhielt er empörte Anrufe von Bezirkssekretären, deren Betrieben Mittel entzogen und nach Berlin umgelenkt worden seien, schreibt Schabowski. Der Minister habe das so entschieden, weil Schabowski als Berliner Sekretär und Politbüromitglied für ihn mehr Gewicht hatte als ein SED-Bezirkssekretär, der nur ZK-Mitglied war. „Die Praxis verriet die Misere des Systems.“

Aus Sicht von Schabowski sind die sozialistischen Volkswirtschaften zusammengebrochen, weil sie dem kapitalistischen Wirtschaftssystem unterlegen waren. Lenins Glaubenssatz, die höhere Arbeitsproduktivität entscheide in letzter Instanz über den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung, habe dieser Ordnung frühzeitig ihr Ende prophezeit. In einem Expertenbericht, der dem Politbüro Ende Oktober 1989 vorlag, sei „das wirtschaftliche Endergebnis dieses unsäglichen Experiments beschrieben“ worden. Auf die Frage, welche Schlußfolgerungen aus dieser Situation hätte gezogen werden müssen, antwortet Schabowski, den früheren Besitzern hätte schnell und großzügig das Eigentum, das ihnen die SED geraubt hat, zurückgegeben werden müssen. Man hätte die Marktkenntnisse und das internationale Standing dieser Eigentümer nutzen

müssen. Dazu habe sich die Bundesregierung im Einigungsvertrag leider nicht durchringen können.

Die PDS sei nicht imstande gewesen sei, sich „mit der gebotenen Entschiedenheit von ihrer Vergangenheit zu verabschieden“, da sie nach ihrem politischen Gau bereits 1990 in den Deutschen Bundestag „schwappte“. Alles in allem bleibt festzuhalten, daß Schabowski nicht, wie von Peter Jochen Winters behauptet, ein eiferner Antikommunist geworden ist, sondern, wie Joachim Gauck lobt, ein leidenschaftlicher Kämpfer für Demokratie.

*Otto Wenzel*



**Veen, Hans-Joachim / März, Peter / Schlichting, Franz-Josef (Hrsg.): Kirche und Revolution. Das Christentum in Ostmitteleuropa vor und nach 1989. Europäische Diktaturen und ihre Überwindung. Schriften der Stiftung Ettersberg, Band 14. Köln / Weimar / Wien: Böhlau Verlag 2009, 241 Seiten, 19,90 €.**

Dieses Buch war überfällig. Joachim Jauer hat kürzlich einen Band vorgelegt hat, in dem er den Anteil der Kirchen und Christen am Umbruch in Ostmitteleuropajournalistisch beschreibt; György Dalos wiederum hat das Ende der Diktaturen in Osteuropa preiswürdig aus der Sicht des Zeitzeugen dargestellt. Das hier zu besprechende Buch widmet sich der Rolle der Kirchen vor und nach der Zeitenwende von 1989/90 im ehemals kommunistischen Machtbereich in Europa. Es enthält die Vorträge und Diskussionen eines Symposiums der Stiftung Ettersberg, das diese gemeinsam mit den Landeszentralen für Politische Bildungsarbeit in Bayern und Thüringen organisiert hat. So führt denn auch der Vorsitzende der Stiftung und Mitherausgeber dieses Bandes, Hans-Joachim Veen, in die Tagung ein. Er stellt gleich zu Beginn des Bandes gewichtige Fragen zur Rolle der Evangelischen Kirche in Ostdeutschland.

War die Formel von der „Kirche im Sozialismus“ nicht doch ideologischer gemeint, als heute von ihren damaligen Protagonisten eingeräumt wird? Hängt der nach-

lassende Einfluß der dortigen Kirche auf die Gesellschaft heutzutage nicht auch damit zusammen, daß sie den Kontakt zum Volk verloren hat, das die Einheit wollte? Zieht sich die Kirche gar vorschnell auf ihre Kernkompetenz zurück? Mag man die erste Frage noch als berechtigt ansehen, scheint mir die zweite doch sehr pauschalisierend Phänomene aufeinander zu beziehen, deren Zusammenhang komplexer ist, als Veen suggeriert.

Mit Richard Schröder, Ehrhart Neubert und Peter Maser präsentieren drei ausgewiesene Experten der DDR-Kirchengeschichte ihre Erkenntnisse zur Rolle der Kirche als Wegbereiter und Subjekt der friedlichen Revolution.

Richard Schröder, gewohnt nüchtern und anschaulich, analysiert diese zutreffend vor dem Hintergrund der verfassungsrechtlichen Stellung und der Verfassungspraxis, in welche die Kirche sich von der Staatspartei SED gestellt sah. Die Kirche ist sowohl „Mutter der Revolution“, als auch „Stütze des Systems“. Schröder zeichnet das Bild einer permanenten Bittstellerin, die keine Rechte beanspruchen konnte, sondern der Willkür der SED ausgeliefert war. Insgesamt konstatiert Schröder aber, daß die Kirche sich trotzdem behaupten und letztendlich die SED-Kirchenpolitik wenig Einfluß auf die Entscheidungen der Kirche nehmen konnte. Auch wenn er den „Thüringer Weg“ Moritz Mitzenheims durchaus kritisch von dieser positiven Bilanz abhebt, sieht er zum Beispiel in der Gründung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR und der damit verbundenen organisatorischen Trennung von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) keinen Sieg der SED. Ebenso wenig kann er in der Marginalisierung und Vertreibung des Christentums und der Christen in Ostdeutschland Schuldanteile der Kirche erkennen. Allenfalls die leichtfertige und unreflektierte Verwendung der Formel „Kirche im Sozialismus“ ist für ihn

Ausdruck eines intellektuellen Versagens. Gleichwohl ist es der Kirche gelungen, ihre Autorität zu bewahren, so daß sie im Herbst 1989 mit ihrem Ruf „Keine Gewalt“ den Verlauf und Ausgang der Revolution entscheidend mitprägen konnte.

Auch Erhart Neubert fügt kenntnisreich Ereignisse und Konstellationen der unmittelbaren Vorgeschichte der Wendezeit zusammen. Leider hat er seine Einschätzungen nicht immer mit nachvollziehbaren Begründungen untermauert. Neuberts Blick auf die Formel „Kirche im Sozialismus“ ist noch kritischer als der von Schröder. Für ihn waren die Kirchen Legitimationsstützen für den SED-Staat. Auch wenn er den Kirchen insgesamt nicht den Vorwurf der Kollaboration macht, sieht er doch selbst noch in den Gesprächen der Kirchenleitung mit Egon Krenz am 19. Oktober 1989 einen „Hauch von Konterrevolution“ in der Luft liegen. Neubert erklärt, warum die an einer stabilen Ordnung interessierte Kirche zur Vorreiterin der Revolution werden konnte. „Der Staat war für viele Kirchenleute selbst zum Problem geworden“ konstatiert er. Da „die Opposition [...] die politische Energie, ihre Geisteshaltung und ihre Zivilcourage ihren kirchlichen Wurzeln zu verdanken“ habe, erklärt sich auch, warum Neubert von einer „protestantischen Revolution“ sprechen kann. Gleichwohl macht Neubert auch auf kirchliche Defizite aufmerksam. Allerdings geht er nicht so weit wie Peter Maser, der feststellt: „Die Protestanten haben noch nie eine Revolution zustande gebracht.“ Neubert wirft nicht wie Maser den Akteuren vor, nicht die SED verboten zu haben und auf eine reformierte und reformierbare DDR zu setzen. Er sieht in der Ethisierung des kirchlichen Handelns vielmehr eine Vernachlässigung der Rechtsansprüche der Kirche, die nicht etwa als klerikale Ansprüche diffamiert werden sollten, sondern geltend gemacht werden müssen. Ob allerdings die deutsche Frage der Kirchensteuer, des Reli-

gionsunterrichtes und der Militärseelsorge immer an diesem hohen Maßstab gemessen werden muß, mag im europäischen, im weltweiten Kontext und auch im Hinblick auf ihre Alimentierung dahingestellt sein. Ebenso, ob die Frage des Glockenläutens am 3. Oktober 1990 sich daran entscheiden läßt, ob man mit einer Ordnung kollaborieren wollte, die den Opfern der Diktatur in den Gemeinden die Freiheit garantierte. Die Demokratie muß nicht nur im Kapitalismus verteidigt werden, sondern auch manchmal gegen ihn.

Franz-Joseph Schlichting widmet sich in einem vergleichsweise kurzen Beitrag der katholischen Kirche im Eichsfeld und behauptet die Existenz überwiegend ideologiefreier CDU-Ortsgruppen, aus deren Milieu auch Dieter Althaus gekommen sein soll.

Zur christlichen Prägung Europas äußern sich mit unterschiedlicher Nuancierung der Magdeburger Altbischof Axel Noack, in einem sehr zum Widerspruch anregenden Beitrag der Alt-Sozialdemokrat und Theologe Edelbert Richter sowie der im Autorenverzeichnis vergessene Ungar Miklos Tomka. Aus katholischer Perspektive schreibt Henryk Josef Muszynski. Für die Orthodoxen meldet sich Inna Naletova zu Wort, die auch Bulgarien, Rumänien und den Balkan in den Blick nimmt. Detlef Pollack, der sich schon zu DDR-Zeiten mit religionssoziologischen Themen befaßt hat, erforscht die Wiederkehr des Religiösen.

Dirk Lenschen und Klaus Ziemer untersuchen – der eine eher programmatisch, der andere eher detailreich – den Beitrag und das Potenzial der Katholischen Kirche in Polen zur Herausbildung einer Zivilgesellschaft vor und nach der Wende. Sie stellen die Frage, ob die Kirche damals so etwas wie eine Vermittlerin zwischen Staat und Gesellschaft war und ob sie heute die pluralistische Demokratie mitgestaltet.

Thomas Bremer und Konstantin Kostjuk

beleuchten das Verhältnis von Orthodoxer Kirche und kommunistischem Regime in der Sowjetunion und Rußland. Ausgehend von der kurzlebigen Wiedereinführung des Patriarchates im Jahre 1917 schildert Bremer die Geschichte der Verfolgung und Vernichtung der Kirche durch die Bolschewiken. Bereits 1922 hatten 23 000 kirchliche Amtsträger ihr Leben verloren. Aber auch die Loyalitätserklärung von 1927 half nicht, die Verfolgung abzuwenden, ja sie verschärfte sich noch einmal in den Jahren des Terrors der dreißiger Jahre.

Erst der Zweite Weltkrieg und der Patriotismus der Kirche im Großen Vaterländischen Krieg ermöglichte dann wieder die Wahl eines Patriarchen. Nach dem Krieg versuchte die Kirche gegenüber dem kommunistischen Staat, sich unentbehrlich zu machen, was aber nicht ohne Anpassung funktionieren konnte, in der Ökumene aber nicht immer wahrgenommen wurde. Erst die Perestroika Gorbatschows ermöglichte, daß auch die anderen Konfessionen wieder Raum gewinnen konnten, was wiederum der Orthodoxen Kirche nicht immer behagte. Das Religionsgesetz von 1997 privilegierte dann neben der christlichen Orthodoxie das Judentum, den Islam und den Buddhismus und machte es anderen Religionen und Konfessionen schwerer, Fuß zu fassen. Heute ist die Orthodoxe Kirche auf dem Weg, wieder die Anzahl der Gemeinden zu erreichen, die sie vor dem Ersten Weltkrieg hatte (40 000), und sich als Kirche der russischen Nation zu verstehen, die sich allerdings den Herausforderungen der Moderne stellen muß.

Kostjuk untersucht die Rolle der Kirche im Umbruch von 1988 (1 000 Jahre Kiewer Rus), beleuchtet dabei besonders die Rolle der uniatischen Kirche in der Westukraine und betont die Identifikation von Orthodoxie und russischer Nation, die wiederum der russische Staat für sich nüt-

zen wollte, ja als überlebensnotwendig ansah.

Einen weitaus geringeren Einfluß übte die Kirche in Tschechien im gesellschaftlichen Prozeß aus. Das lag zum einen natürlich an deren extremen Marginalisierung unter der kommunistischen Herrschaft, aber auch an der konfessionellen Heterogenität mit all ihren historischen Verwerfungen. So spielten nur einzelne wie der heutige Prager Weihbischof Maly eine Rolle im antikommunistischen Widerstand. Oder aber sie organisierte sich in der Untergrundkirche. Erst Ende der achtziger Jahre wuchs die Bedeutung der katholischen Kirche wieder. Dennoch konnte sie aus Sicht von Tomas Halik die in sie gesetzten Erwartungen nach 1989 nicht erfüllen.

Miklos Tomka betont für Ungarn das Trauma von 1956, das die ungarische Gesellschaft bis 1989 lähmte. Dieses Trauma konnte auch kein wirtschaftlicher Aufschwung beseitigen. Das führte letztlich dazu, daß überholte politische Strukturen aufgebrochen wurden. Zwischen dem Konformismus der kirchlichen Hierarchie am Rande der Kollaboration und der Schikanierung des überwiegend katholischen Kirchenvolkes bewegte sich die ungarische Kirchenpolitik. Die sogenannte „Zwei-Schienen-Strategie“ zog einen Prestigegewinn der Kirche nach sich.

Hans Maier beschreibt drei Modelle des Staatskirchenverständnisses: Symphonia, Zweigewaltenlehre und Trennung. Im Caesaropapismus der östlichen Tradition und den staatlich privilegierten Volkskirchen katholischer, evangelischer oder anglikanischer Provenienz drückt sich der Gleichklang aus. Daneben kommt aber schon in der Antike die Zweigewaltenlehre zur Geltung und wird im Investiturstreit manifest. Das dritte Modell der Trennung erlebte sein Vorspiel in der amerikanischen Tradition und findet seine Vollendung in der französischen und sowjetischen Variante. Maier prognostiziert, daß

sich im modernen Staat die zweite Lehre durchsetzen wird. Das Buch endet mit der Dokumentation einer Podiumsdiskussion, die hier ebenso zur Lektüre empfohlen werden kann wie der gesamte Band. Das Buch gibt viele interessante Antworten auf die Frage, wie christliche Religion die Freiheit des Menschen begründen kann.

*Joachim Goertz*

**Große, Ludwig: Einspruch! Das Verhältnis von Kirche und Staatssicherheit im Spiegel gegensätzlicher Überlieferungen. Leipzig: Evangelische Verlagsanstalt 2009. 776 Seiten, 39,90 €.**

**Kupke, Martin: SED und Staatssicherheitsdienst im Kirchenbezirk Oschatz. Zeitfenster. Beiträge der Stiftung Sächsische Gedenkstätten. Band 5. Leipzig: Universitätsverlag 2009. 268 Seiten, 24,- €.**

Ludwig Großes ebenso ambitioniertes wie voluminöses Buch sollte ursprünglich „Klartext. Gegen den leichtfertigen Umgang mit den Stasiunterlagen“ betitelt sein. Man kann bezweifeln, ob dies die bessere Variante gewesen wäre. Denn so wenig klar wird, wogegen sich sein Einspruch eigentlich substantiell richtet, so wenig trägt es wirklich zur Verdeutlichung des hermeneutischen Problems von Vergangenheitsaneignung mittels überlieferter Akten und Erinnerungen bei. Große vertritt quasi eine Dreiquellentheorie, wenn es um die Aneignung von evangelischer Kirchengeschichte Ostdeutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg geht: Er stützt sich auf Zeitzeugen, staatliche und kirchliche Akten. Seiner Meinung nach kranke die bisherige Geschichtsschreibung an einer Verabsolutierung der Akten der Staatssicherheit. Als wirkungsmächtige Beispiele führt er die Bücher *Pfarrer, Christen, Katholiken* von Besier/Wolf, *Seid Untertan der Obrigkeit* von Krone/Schult und speziell



für die Thüringer Landeskirche die Dokumentation *So besteht nun in der Freiheit...* von Katharina Lenski und anderen an. Abgesehen davon, daß seit diesen Veröffentlichungen mittlerweile nicht nur einiges Wasser die Saale und die Ilm heruntergeflossen ist, ignoriert Große die Tatsache, daß relevante kirchliche Akten aus verschiedenen Gründen Anfang der neunziger Jahre schwerer zugänglich waren (und zum Teil heute noch sind) als die der Staatssicherheit.

Große, selbst jahrzehntelang in verantwortlicher Position in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen tätig, belegt in unzähligen Beispielen, daß bei der Gegenüberstellung von staatlichen Aktenüberlieferungen einerseits und kirchlichen Akten andererseits immer wieder deutlich wird, wie sich die Vertreter der SED-Diktatur in der Einschätzung ihres kirchlichen Gegenübers täuschten. Allerdings bleibt auch bei ihm die Frage ungeklärt, wie groß die Täuschung jeweils war, worin die Täuschung bestand und wie die kirchlichen Vertreter in ihren mehr oder weniger diplomatischen Verhaltensweisen Anlaß zur Täuschung gaben. Diese Unklarheit Großes zeigt sich auch an zwei Begriffen, deren Interpretation er meint zurechtrücken zu müssen: Den „Thüringer Weg“ und den der „Überzeugung“.

Große vertritt die These, daß der auch innerhalb der Evangelischen Kirchen in Deutschland geläufige Begriff des „Thüringer Weges“ als eines besonderen Weges des ostdeutschen Protestantismus in Wirklichkeit eine Erfindung des SED-Staates zur Entsolidarisierung der Kirchen war und höchstens durch solche Infiltrations-IM wie Gerhard Lotz und Martin Kirchner vertreten wurde. Freilich bleibt er einen stringenten Nachweis für diese gewagte These schuldig. Genausowenig setzt er sich mit der Frage auseinander, ob nicht eine besondere Form der neulutherischen Interpretation der Zwei-Reiche-

Lehre dazu geführt hat, daß eben nicht die Lutherische Bekenntnisgemeinschaft im Gefolge Ernst Ottos, Gerhard Bauers und Hellmut Gollwitzers und später Ludwig Großes das kirchenpolitische Profil in Thüringen geprägt hat. Möglicherweise war es vielmehr ein Neuluthertum, das die Vermischung der zwei Regimenter immer nur in den Kirchen selbst entdeckt hat. Für viele kirchliche Mitarbeiter und Christen in Thüringen war es im Unterschied zur Kirchenprovinz Sachsen, zu Berlin-Brandenburg oder dem lutherischen Sachsen selbstverständlich, zur „Wahl“ zu gehen und sich der Blockpartei CDU anzuschließen. War diese „Theologisierung“ nur eine Erfindung der SED? Die Saalfelder oder Berliner Perspektive, aus der Große im wesentlichen blickt, scheint hier auch den Wunsch für die Wirklichkeit zu nehmen.

Große meint zudem, Inoffizielle Mitarbeiter in der Kirche selbst dann entlasten zu können, wenn sie laut der Stasi-Akten „aus Überzeugung“ handelten. Nach seiner Einschätzung ist dieser Begriff rein transitiv zu verstehen. In Großes Sprachgebrauch ging es dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) immer nur um den Versuch, das Gegenüber zu überzeugen. Der war allerdings bei den Überzeugten vergeblich, da sie ja gar nicht mehr überzeugt werden mußten. Da, wo Überzeugung schon da war, konnte also auf den Begriff verzichtet werden. Welchen Sinn und Informationswert aber, so fragt sich der Rezensent, sollte es dann haben, daß die Führungsoffiziere in die Berichte an ihre Vorgesetzten schrieben, daß sie ihr Gegenüber überzeugen wollten?

Überhaupt hat man bei Große den Eindruck, daß die MfS-Akten nur dazu geführt worden sind, damit sie bei ihrer späteren Veröffentlichung einmal gegen redliche Bürger (vor allem Thüringer Oberkirchenräte) verwendet werden können. Als wenn die SED das gewollt hätte! Und

als wäre die Arbeit der BStU die Fortsetzung der Arbeit Erich Mielkes!

Große, der selbst seit Jahren Mitglied des Beirates der BstU ist, legt nach jahrelanger Recherche im Auftrag der Thüringer Landeskirche auf knapp 800 Seiten ein Buch vor, das in vielerlei Hinsicht eine Zumutung ist. Aber, um nicht mißverstanden zu werden: Es lohnt sich trotz des Ärgers und der Mühe, sich dieser Zumutung zu stellen. Immerhin wird deutlich, was auch der Thüringer Landesbischof Christoph Kähler in seinem Vorwort ausdrückt: Ohne Leidenschaft läßt sich dieses Thema nicht bearbeiten – erst recht nicht dann, wenn es wissenschaftlichen Ansprüchen genügen will. Allerdings wünscht man sich, daß die Leidenschaft (auch des Lektorats) sich in der Barmherzigkeit Raum geschaffen hätte, ein leichter lesbares, klarer strukturiertes und weniger ausladendes Buch vorzulegen. Gleichwohl: Erkenntnisfördernd, in vielen Dingen nachdenkenswert und neue Fakten hervorbringend ist dieses Werk eines Kirchen-Insiders allemal.

Demgegenüber nimmt sich das Buch des ehemaligen sächsischen Superintendenten Martin Kupke weniger ambitioniert aus. Er beschäftigt sich zum ersten Mal ausführlich mit einer Kreisdienststelle des MfS. Kupke hat mit *Die Wende in Oschatz* und *Der Kreis Oschatz in der friedlichen Revolution* schon zwei regionalgeschichtliche Beiträge aus der Insiderperspektive veröffentlicht. Im Auftrag des Hannah-Ahrendt-Instituts für Totalitarismusforschung beschreibt der Autor in dreizehn übersichtlich gegliederten Kapiteln, wie das MfS auf die evangelische Kirche vor Ort und ihre Glieder Einfluß nehmen wollte, wie es Menschen manipulierte, drangsalierte, zersetzte und zu isolieren versuchte. Breiten Raum nimmt dabei die Darstellung ein, wie das MfS über die Gewinnung von Inoffiziellen Mitarbeitern versuchte, den Kurs der Kirche zu bestimmen. Weil es Kupke nicht um die

Abrechnung mit einzelnen Personen geht, nennt er keine Klarnamen.

Er beschränkt sich aber nicht auf die IM, sondern stellt auch den Gesamtkontext des Verhältnisses von SED-Staat und evangelischer Kirche in Ostdeutschland in ihrer vierzigjährigen Geschichte dar. Dabei rückt natürlich die sächsische Landeskirche in den Mittelpunkt seiner Betrachtung. Gleichwohl nimmt er auch die Gemeinschaft der evangelischen Landeskirchen in der DDR in den Blick und beurteilt zum Beispiel die Prägung der Thüringer Landeskirche kritischer als Ludwig Große – sowohl was den „Thüringer Weg“ Moritz Mitzenheims, als auch was etwa die schwergewichtige Frage nach der Jugendweihe angeht. Weniger kritisch geht er mit den Mitgliedern der Ost-CDU um, die angeblich stets kritisch auf die von der SED gleichgeschalteten Führung geblickt und sogar zunehmend Widerstandspotential entwickelt hätten. Dies nachzuweisen, dürfte freilich schwerfallen.

Ehe sich Kupke dem Versuch des MfS zuwendet, Einfluß auf die Kirchengemeinden zu gewinnen, widmet er sich noch einigen außerkirchlichen Aktivitäten der Kreisdienststelle Oschatz. Er macht nicht nur den Horizont des Wirkens der Krake Stasi deutlich, sondern zeigt auch, in welchem Kontext kirchliches Handeln zum Beispiel angesichts der Bildungsdiskriminierung oder der Ausreiseproblematik stattfand. Er verschweigt auch nicht, welche immensen Summen die Arbeit des MfS verschlang. 1977 waren es zum Beispiel knapp 65.000 DDR-Mark.

Der Verfasser beschreibt anschaulich, wie der SED-Staat in seiner Geschichte, in neuen Anläufen und geänderten Strategien, die Kirche und ihre Glieder bekämpfte und ins gesellschaftliche Abseits treiben wollte. Angefangen vom Verbot der Jungen Gemeinde, der Einführung der Jugendweihe, dem Zugang zur Bildung, der Wahlbeteiligung, der Veranstaltungsverordnung und der Auseinandersetzung um

die Zwangskollektivierung macht Kupke deutlich, wie mit Disziplinierung und Differenzierung der Einfluß von Kirche, Pfarrern, Kirchenältesten und einfachen Gemeindegliedern auf den Gang der Geschichte zurückgedrängt werden sollte. Indem die SED zwischen feindlich-negativen, loyalen und fortschrittlichen Christen unterschied, wollte sie umgekehrt die Entwicklung in den evangelischen Gemeinden und Kircheninstitutionen (Synoden, Kirchenleitungen) in ihrem Sinn beeinflussen. Freilich mußte die SED häufig konstatieren, daß sie nicht nur an der Zivilcourage der Menschen, sondern schon an den intellektuellen Fähigkeiten in den eigenen Reihen scheiterte.

Den breitesten Raum nimmt in Kupkes Buch die Frage der Gewinnung von Inoffiziellen Mitarbeitern ein. Angefangen mit einem Pfarrer, dessen politische Gesinnung aus allen Talarknöpfen hervorleuchtete, über vergeblich angelegte IM-Vorläufe, schildert Kupke auf fast 100 Seiten seines Buches, wie das MfS versuchte, in die Organisation Kirche einzudringen. Bemerkenswert sind dabei nicht spektakulär neue Erkenntnisse, sondern viele Einzelbeobachtungen, die die ganze Perversität des Überwachungssystems plastisch machen. So erklärte sich die Stasi sofort bereit, die Kirchensteuer eines IM zu subventionieren – schließlich wäre der Posten ohne die geheimdienstliche Tätigkeit des DDR-Bürgers ja gar nicht angefallen. Kupke schildert auch, wie ein IM die Arbeit als Kontaktperson der Kriminalpolizei – legendiert – ablehnen mußte, weil er bereits für die Stasi tätig war. Auch daß die Stasi mitunter Leute des eigenen Befehlsgebers, das heißt SED-Genossen, überwachte, läßt interessante Rückschlüsse auf die Hierarchie der SED-Diktatur zu. Häufig standen auch hier die Strukturen der DDR-Gesellschaft einem effektiven Einsatz im Wege. So durfte man nicht gleichzeitig Mitglied der Betriebskampfgruppen und Kir-

chenmitglied sein. Das hat es der Stasi nicht eben leichter gemacht, IM für den Einsatz im kirchlichen Bereich zu rekrutieren. In einem anderen Fall wiederum durfte ein IM nicht SED-Mitglied werden, weil sonst seine konspirative Tätigkeit in der Kirche erschwert worden wäre. Die IM mußten Gottesdienste besuchen, in die Junge Gemeinde oder andere Kreise eindringen, über Gemeindeveranstaltungen berichten, die Beziehungen zu den westdeutschen Partnergemeinden beobachten, Vertrauen zu Pfarrern aufbauen und mitunter auch ein Abhörgerät dabei haben, damit sie ihre Berichte in einer einigermaßen realistischen Form liefern konnten.

Über zwei Inoffizielle Mitarbeiter berichtet Kupke ausführlicher: IM „Peter“ und IM „Becker“. Er zeichnet nicht jede Entwicklung nach und läßt manche bei der Lektüre aufkommende Frage unbeantwortet. So wird nicht geklärt, ob etwa die IM-Tätigkeit von „Peter“ dessen Verurteilung nach einem Diebstahl verhindern half oder ob dieser tatsächlich ein Theologiestudium begann. Die Lektüre der Akten liefert dennoch interessante Details, die einer komplexen Betrachtung der SED-Diktatur nur förderlich sein können. Daß das MfS einen jungen Mann ermunterte, Bausoldat zu werden, ja sogar seine Totalverweigerung toleriert, entspricht nicht unbedingt dem Klischee der SED-Herrschaft und der Erhöhung der militärischen Verteidigungsbereitschaft.

IM „Peter“ wurde Leiter eines Hauskreises, er nahm an einem Umweltkreis teil, war Mitglied der Jungen Gemeinde und regelmäßig bei Sitzungen des Oschatzer Kirchenvorstandes zugegen. Er ließ sich taufen und sollte sogar Theologie in Leipzig studieren, um Pfarrer zu werden. In knapp fünf Jahren seiner Tätigkeit für das MfS von 1985 bis 1989 erhielt IM „Peter“ die stattliche Summe von über 29.000 DDR-Mark. IM „Becker“ bescherte die Zuarbeit für das MfS im-

merhin die Möglichkeit, einen Lada günstig zu erwerben – darum kümmerte sich der Leipziger Bezirkschef des MfS, Major Hummitzsch, sogar persönlich.

Kupke beschreibt am Beispiel des Bezirks Leipzig und des Kreises Oschatz auch die Planung der Internierungs- und Isolierungslager durch die SED. Er macht deutlich, daß letztlich nur der 9. Oktober 1989 und der erzwungene Rücktritt Honeckers am 17. Oktober verhindert haben, daß diese Pläne verwirklicht wurden. Kupke scheut hier zu Recht nicht den Vergleich mit den nationalsozialistischen Konzentrationslagern.

Am Ende wendet sich Kupke dem Verlauf der Friedlichen Revolution im Kreis Oschatz zu, wobei er der Auflösung der Kreisdienststelle Oschatz ein separates Kapitel widmet. Auch wenn er die Rolle des Südens der DDR als Vorreiter der Revolution im Verhältnis zu Berlin geringfügig übertreibt – den Überfall auf die Umweltbibliothek Berlin 1987 und die

Verhaftungen im Januar 1988 im Gefolge der Luxemburg-Liebkecht-Demonstration in Berlin berücksichtigt er nicht –, schildert er eindrücklich, wie in Oschatz und Umgebung mit maßgeblicher Beteiligung der Kirche die Sehnsucht nach Demokratie und Einheit Deutschlands politische Gestalt annahm, wie sich über Montagsrunde, Bürgerforen und Demonstrationen die parlamentarische Demokratie durchsetzte und die Verantwortlichen des SED-Regimes wenigstens zur Rede gestellt worden. Ob es ein singulärer Akt war, daß hier sogar das SED-Archiv versiegelt wurde, mögen Historiker noch erforschen.

Singulär und hoffentlich beispielgebend ist es auf jeden Fall, daß hier eine regionalgeschichtliche Studie vorgelegt wurde, die aus kirchlicher Perspektive Zeitzeugenschaft und Aktenforschung in erhellender Weise vereint.

*Joachim Goertz*